GSP.W-01-156

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in:	KV Emmendingen
Beschlussdatum:	24.09.2020

Änderungsantrag zu GSP.W-01

Von Zeile 155 bis 157:
ökologische Marktwirtschaft unvorstellbar. Gleichzeitig verpflichtet es gesellschaftlich, weil ~~eine~~bei einer zu starken Konzentration von Eigentum in den Händen Weniger die Demokratie durch soziale Ungleichheit bedroht wird und die Marktwirtschaft ~~bedroht~~bei einem zu großen Ungleichgewicht selbst zu einer Bedrohung für die Demokratie wird. Eine staatliche Regulierung muss möglich sein, ohne die Kräfte der Marktwirtschaft zu sehr einzuschränken.

Begründung

Bei der Bewertung des Eigentums im Kontext der Demokratie muss klar zwischen privaten und Firmeneigentum unterschieden werden. Marktwirtschaft kann ein wichtiger Bestandteil der Demokratie sein, kann sie aber auch gefährden, wenn die soziale Verpflichtungen nicht eingehalten werden. Gleiches gilt auf anderer Ebene für Privateigentum.